

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	42
		TOP:	4
	Verhandlung	Drucksache:	878/2020
		GZ:	JB
Sitzungstermin:	15.03.2021		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	die Vorsitzende, Herr Dr. Knapp (JB-BiP)		
Protokollführung:	Frau Kappallo / pö		
Betreff:	Sonderband Bildungsberichterstattung Verbleibserhebung Abschlussklassen Sekundarstufe I		

Vorgang: Jugendhilfeausschuss vom 08.02.2021, öffentlich, Nr. 29
Ergebnis: Zurückstellung

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Jugend und Bildung vom 29.10.2020, GRDRs 878/2020. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei-anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

Angesichts der Tatsache, so Herr Dr. Knapp, dass das Thema bereits am 17.11.2020 im Schulbeirat beraten worden sei, beschränke er sich auf die geplanten Schritte. Anschließend berichtet er im Sinne der Präsentation zu der Verbleibserhebung in den Abschlussklassen der Sekundarstufe I und zu den zentralen Ergebnissen, die den jeweiligen Schulstandorten vorgestellt werden. Die standortspezifischen Beratungsgespräche werden stattfinden, sobald die coronaspezifische Situation in den Schulen dies zulasse. Daneben sei auf Basis der Strukturen des Arbeitsbündnisses Jugend und Beruf (Jugendamt, Jobcenter, Arbeitsagentur, Staatliches Schulamt) ein Runder Tisch zur Erarbeitung weiterer Empfehlungen angepeilt. Darüber hinaus informiert Herr Dr. Knapp, dass eine erneute Erhebung vorgenommen werde.

StRin Nuber-Schöllhammer (90/GRÜNE) geht auf den Bezug von Kindern mit Bonuscard mit einem erhöhten Risiko für eine problematische Bildungs- und Berufslaufbahn ein und bemerkt, die Bonuscard sei gerade aus dem Grund eingeführt worden, dass problematische Verhältnisse nivelliert werden. Bezogen auf die angestrebte Bildungsgerechtigkeit erkundigt sie sich, ob positive Auswirkungen aufgrund des Besuchs einer Ganztagschule sich einstellen.

StRin Ripsam (CDU) interessiert die Anzahl von Schulabgänger*innen nach der 10. Klasse an Gymnasien. Bezogen auf die unterdurchschnittlichen Elternkontakte trotz eines erhöhten Bedarfs hält die Stadträtin es für richtig und wichtig, nach wie vor in die Elternbildung zu investieren.

Angesichts des Kriteriums Armut als wesentlichem Risikofaktor für Bildungschancen trägt StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) vor, dass sich die Bildungsgerechtigkeit seit 20 bis 30 Jahren trotz vieler Programme nicht einstellen. Er bemängelt das deutsche Bildungssystem und meint, trotz Bonuscard könne das Bildungssystem den schulischen Erfolg von dem sozioökonomischen Status der Eltern nicht entkoppeln. Ebenso gelinge es noch nicht, den Bildungserfolg von der Herkunft zu splitten.

StRin Höh (FDP) geht auf den Wegfall der Grundschulempfehlung ein und bittet um Auskunft, wie viele Kinder nach einiger Zeit die Schule verlassen müssten, da der Ehrgeiz der Eltern nicht dem Leistungsniveau der Kinder entspreche. Im Bildungsbericht Band 2 sei sich ausführlich diesem Thema gewidmet worden, erläutert Herr Dr. Knapp. Der große Andrang auf die Gymnasien, der im Bericht aufgeführt worden sei, habe sich zu diesem Zeitpunkt noch auf die Grundschulempfehlung bezogen, verdeutlicht er. Bezogen auf die Schüler*innen, die eine geringe Unterstützung von ihren Eltern erfahren, fragt StRin Höh, ob der Besuch der Vorbereitungsklassen Jugendliche besser in Ausbildung oder in weiterführende Schulen bringe.

Frau Reinholdt macht auf fehlende Betreuungsmöglichkeiten für Kinder von Alleinerziehenden aufmerksam und wirft die Frage auf, inwieweit von der Fachverwaltung Kontakt zu Bonuscardinhabern aufgenommen werde. Darüber hinaus betont sie, Niedriglohnverhältnisse, die einen Zweit- oder Drittjob forderten, verhinderten Elternkontakte.

Bezogen auf den Anteil von 7,3 % von Jugendlichen mit unklarer Perspektive am Ende des Schuljahres 2018/2019 geht Herr Käpplinger auf die volkswirtschaftlichen Folgen ein, die nicht positiv seien. Herr Käpplinger erkundigt sich nach unterstützenden Maßnahmen wie Schulsozialarbeit für Jugendliche, die nach Abschluss der Sekundarstufe 1 die Schule verließen, welche Programme vonseiten der Stadt vorgehalten werden.

Herr Moreno geht auf den geplanten Runden Tisch und die Problematik ein, dass viele junge Erwachsene unter 25 Jahren Arbeitslosengeld II beziehen. Ihn interessiert, wie dieser Situation im Rahmen des Runden Tisches begegnet werde.

StR Lazaridis (90/GRÜNE) schließt sich den Worten von StR Pantisano an und betont, Bildungsrisiken gebe es schon zu lange. Es gelänge nicht, die Jugendlichen gut genug auf das Leben nach der Schule mit gesellschaftlicher Teilhabe vorzubereiten. Er plädiert dafür, sich für die Thematik Zeit zu nehmen, um gemeinsam mit den Expert*innen in einem "Extra-Setting" das Thema Übergang Schule - Beruf voranzubringen.

Herrn Biermann interessiert die Einbeziehung der Akteure der Schulsozialarbeit sowie der Jugendsozialarbeit, die Kontakt zu den "problematischen Gruppen" hätten. Er fragt, ob diese Expert*innen an den Runden Tisch eingeladen werden. Wie StR Lazaridis bereits erwähnt habe, so Herr Biermann, sei die aufsummierende Anzahl von Jugendlichen, die nicht an Bildung beteiligt seien, zu hoch. Als wesentlichen Aspekt für diese Situation sieht er die Armut an, die bekämpft werden müsse. Dabei bringt er den kommunalen Spielraum als Rahmenbedingungen in das angedachte "Extra-Setting" ein und betont, dieser Faktor müsse berücksichtigt werden.

BMin Fezer geht auf die unterschiedlichen Fragestellungen hinsichtlich der Armut von Kindern ein und betont, ihrer Überzeugung nach würde der Ansatz Armut fehlleiten. Armut korreliere in der Regel mit bildungsfernen Eltern. Eltern, die arm seien, hätten es schwerer aufgrund eines Migrationshintergrunds, sprachlicher Defizite und beruflicher Inanspruchnahme, sich zuhause neben ihre Kinder hinzusetzen und sie bei den Hausaufgaben sowie beim Übergang Schule - Beruf zu unterstützen. Um diese Defizite zu nivellieren, müsse versucht werden, die Eltern zu stärken. Eltern müssten in die Lage versetzt werden, ihre Kinder besser zu begleiten. Dieser Situation komme die Stadt entgegen, indem die Kinder mehr Bildung, z. B. in der Ganztageschule, erfahren. Kinder könnten sich innerhalb der Ganztageschule umfangreich bilden lassen.

Bei den ganzen Themen, die von den Jugendhilfeausschussmitgliedern angesprochen worden seien, gehe es um Bildungsgerechtigkeit, verdeutlicht die Vorsitzende. Der heutige Bericht ziele explizit auf das Thema Bildungsgerechtigkeit. Die Lernräume in den Flüchtlingsunterkünften zielten ebenfalls auf die Bildungsgerechtigkeit sowie auch das Lernmobil. Die Schaffung von externen Wohnzimmern zur Lernunterstützung in den Jugendhäusern gehe auch in diese Richtung. Es werde ein ganzes Netz an Rahmenbedingungen geschaffen, um mögliche Ungleichheiten, denen Kinder ausgesetzt seien, auszugleichen. Das Thema Bildungsgerechtigkeit stehe im Fokus des gesamten Referats, ergänzt die Vorsitzende.

StR Lazaridis entgegnet, die Bezüge müssten transparent aufgezeigt werden, da ansonsten die Meinung entstehe, dass isolierte Maßnahmen getroffen werden. Die Maßnahmen müssten auch vonseiten des städtischen Trägers gesteuert werden, ergänzt der Stadtrat. Die Steuerung, so die Vorsitzende, finde statt. Allerdings greife sie die Bitte auf, die Steuerung unter Beteiligung der Träger transparenter aufzuzeigen.

Herr Dr. Knapp führt aus, Bildungsgerechtigkeit sei ein fortlaufender Prozess. Trotzdem sei er froh über die bestehende Bonuscard, da dieses Kriterium eine leichtere Erhebung erlaube. Um eine möglichst gute Abstimmung zu erreichen, sei der Runde Tisch als Austausch unter den Fachexpert*innen eingeführt worden. Unterschiedliche Akteure der Jugendhilfe, der Schulen und des Übergangssystems könnten auf Lücken im System aufmerksam machen. Die Schüler*innen, die ohne Abschluss die Schule verlassen, gehen nicht verloren, verdeutlicht Herr Dr. Knapp. Jeder lande in einer geeigneten Maßnahme bzw. in einem passenden Angebot, um einen Anschluss zu erhalten. Er greife gerne auf die Gesprächsangebote von Herrn Biermann und Herrn Moreno zurück und werde die am Runden Tisch getroffenen Empfehlungen im Jugendhilfeausschuss vorstellen. Ebenso sagt Herr Dr. Knapp zu, den Hinweis von Frau Reinholdt aufgreifen zu wollen, mit der Zielgruppe in Kontakt zu treten.

Auf erneute Nachfrage von StRin Nuber-Schöllhammer nach den Beteiligten des Runden Tisches äußert die Vorsitzende, sobald die Teilnehmer*innen festgelegt seien, wer-

den die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses informiert. Falls sich jemand nicht unter den Beteiligten wiederfinde, bitte sie um eine entsprechende Nachricht.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat von der GRDrs 878/2020 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Schulverwaltungsamt (2)
Jugendamt (28)
JB-BiP

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-ICG
 3. OB-KB
 4. Referat SI
Sozialamt (5)
Jobcenter
 5. Stadtkämmerei (2)
 6. Rechnungsprüfungsamt
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS